Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6978**
14. Wahlperiode 26. 09. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Mathias Schubert, Christian Müller (Zittau), Dr. Ditmar Staffelt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Margareta Wolf (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3094 –

Stärkung von Absatz und Export der ostdeutschen Wirtschaft

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/2911 –

Exportchancen im Ausland nutzen – Absatzförderung Ost intensivieren

A. Problem

Im Gegensatz zu Unternehmen aus Westdeutschland, die traditionell eine hohe Exportquote aufweisen, sind Unternehmen aus den neuen Bundesländern weiterhin eher binnenmarktorientiert. Der Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeutschen Außenhandelsumsatz lag im Jahr 1999 lediglich bei etwa 6 %. Auch wird der Export aus den neuen Ländern vor allem von wenigen großen Unternehmen wie beispielsweise VW oder Siemens/Infineon getragen. Vielen kleinen und mittleren Unternehmen fehlt es dagegen häufig noch an dem entsprechenden Know-how, ausreichenden finanziellen Mitteln und dem Einsatz moderner Informationstechnologien. Außerdem weisen sie im Auslandsgeschäft gravierende Schwächen wie etwa fehlende Marktkenntnisse, Probleme bei der Vorfinanzierung und eine unzureichende Pflege von Firmenkontakten auf. Es besteht daher die Gefahr, dass ostdeutsche Unternehmen auf Dauer im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können.

Die antragstellenden Fraktionen fordern daher die Bundesregierung auf, die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte auf den internationalen Märkten zu verstetigen bzw. noch weiter zu intensivieren.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/3094 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2911 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/2911.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 14/3094 – anzunehmen,

b) den Antrag – Drucksache 14/2911 – abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2001

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Dr. Paul Krüger	**Jelena Hoffmann (Chemnitz)**
Vorsitzender und Berichterstatter	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jelena Hoffmann (Chemnitz) und Dr. Paul Krüger

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Exportchancen im Ausland nutzen – Absatzförderung Ost intensivieren“ auf Drucksache 14/2911 und der Antrag der Koalitionsfraktionen „Stärkung von Absatz und Export der ostdeutschen Wirtschaft“ auf Drucksache 14/3094 wurden dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. April 2000 zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte auf dem europäischen und dem Weltmarkt nochmals zu intensivieren. Unternehmen in den neuen Ländern sollten im Rahmen der allgemeinen gesamtdeutschen Absatzfördermaßnahmen des Bundes, wie beispielsweise der Auslandsmesseförderung, der Hermes-Ausfuhrgewährleistungen und der Kooperationsförderung, auch weiterhin unterstützt werden. Daneben wird verlangt, das befristete Sonderprogramm „Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte“ auch über das Jahr 2000 hinaus fortzuführen und zudem für immaterielle Produkte und Dienstleistungen zu öffnen. Außerdem soll eine bessere Koordination zwischen dem Sonderprogramm zugunsten der neuen Länder und den allgemeinen Instrumenten des Bundes zur Exportförderung erreicht werden. Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion muss auch auf den Bereich der neuen Medien ein Förderschwerpunkt gelegt werden.

Die Koalitionsfraktionen stellen in ihrem Antrag die Forderung an die Bundesregierung, für eine stetige und verlässliche Fortführung der speziellen Maßnahmen der Absatz- und Exportförderung für Unternehmen in den neuen Ländern Sorge zu tragen. Diese Maßnahmen sollten außerdem noch stärker auf die künftigen Erfordernisse der Märkte und der modernen Technologien ausgerichtet werden. Insbesondere sehen die antragstellenden Fraktionen es als notwendig an, dass die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen zur Entwicklung des ostdeutschen Exportgeschäfts mehr Wert auf eine Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit modernen Informationstechnologien und der Erschließung neuer Absatzkanäle, z. B. im Internet und im „business to business“-Verkehr, legt. Außerdem wird eine Verbesserung der Koordinierung der verschiedenen Beteiligten in der Außenwirtschaftsförderung angemahnt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/2911 in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. In der gleichen Sitzung hat er den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/3094 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/2911 in seiner Sitzung am 17. Mai 2000 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen. In der gleichen Sitzung hat er den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/3094 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV. Ausschussempfehlung

Der federführende **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Anträge auf den Drucksachen 14/2911 und 14/3094 am 17. Mai 2000 erstmals beraten.

Delegationsreise

Im Rahmen der Beratung der Anträge hat eine Delegation des Ausschusses vom 20. bis 29. August 2000 eine Reise nach Nordamerika durchgeführt (vgl. hierzu den Reisebericht auf Ausschussdrucksache 14/157).

Öffentliche Anhörung

In seiner 55. Sitzung am 14. Februar 2001 hat der Ausschuss zu den gestellten Anträgen eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind in die Beratungen des Ausschusses einbezogen worden. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf das als redaktionell überarbeitete Tonbandabschrift vorliegende Protokoll und die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen (vgl. zu Letzterem Ausschussdrucksache 14/199).

Die abschließende Beratung der Anträge erfolgte in der Ausschusssitzung am 4. Juli 2001 vorbehaltlich der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie.

Der Ausschuss hat mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/3094 zu empfehlen. Außerdem hat der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2911 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedauerte, dass man sich trotz inhaltlicher Übereinstimmung der beiden Vorlagen nicht auf einen interfraktionellen Antrag habe einigen können. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass die Exportentwick-

lung in Ostdeutschland unter der neuen Bundesregierung nicht nur stagniere, sondern sogar rückläufig sei. Durch die Delegationsreise und die öffentliche Anhörung sei die Erkenntnis gewonnen worden, dass über die in den Anträgen enthaltenen Forderungen hinaus noch weitere Maßnahmen zu einer Förderung des Exports ostdeutscher Unternehmen beitragen könnten. Dabei wurden insbesondere die Bereitstellung von Informationen und Recherchemöglichkeiten über spezifische ausländische Märkte, die Vergabe bzw. Förderung zinsgünstiger Kredite an ostdeutsche Unternehmen zum Zweck der Exportförderung, die Förderung von Nachbearbeitungsprogrammen zur nachhaltigen Kontaktpflege mit ausländischen Partnern sowie die Unterstützung bei der Bildung von Exportmarketingpoolprogrammen genannt.

Die **Koalitionsfraktionen** wiesen ebenfalls auf die Exportschwäche der Unternehmen in den neuen Ländern im Vergleich zu Westdeutschland hin. Außerdem wurde die fehlende Möglichkeit bzw. Bereitschaft von ostdeutschen Unternehmen angesprochen, finanzielle Mittel für die einem erfolgreichen Export vorausgehenden Investitionen, wie etwa Beteiligung an Auslandsmessen und Übersetzung von Bedienungsanleitungen, einzusetzen. In diesem Bereich müsse die staatliche Förderung noch effizienter gestaltet werden. Gleichzeitig wurde aber betont, dass im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit bereits im Juni 1999 eine Vereinbarung zur Förderung des überregionalen Absatzes ostdeutscher Produkte zustande gekommen sei, die auch entsprechend umgesetzt werde. Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU kritisierten sie insofern, als er eine zu negative Einschätzung der wirtschaftlichen Situation enthalte. In vielen der neuen Bundesländer seien bereits erhebliche Exportsteigerungen zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung des Exports werde in dem Antrag aber nicht berücksichtigt.

Die **Fraktion der FDP** erklärte ihre Unterstützung für beide Anträge, da diese in die richtige Richtung gingen. Ihrer Ansicht nach müsse aber ein zusätzlicher Schwerpunkt auf die Förderung von technischen Dienstleistungen bzw. Ingenieurleistungen gesetzt werden, da der Export dieser Leistungen in der Regel dem Export materieller Güter vorausgehe. Die Initiierung und Koordinierung derartiger technischer Dienstleistungen seien aber bislang von Fördermaßnahmen ausgeschlossen, was geändert werden müsse.

Die **Fraktion der PDS** stellte fest, dass die niedrige Exportrate der ostdeutschen Unternehmen nicht die Ursache der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland, sondern vielmehr deren Wirkung sei. Da beide Anträge geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Exportproblems enthielten, werde diesen zugestimmt.

Die **Bundesregierung** machte darauf aufmerksam, dass allein durch die Antragstellung schon positive Effekte entstanden seien. Gleichwohl seien einer verstärkten nationalen Exportförderung für ostdeutsche Unternehmen nicht zuletzt durch rechtliche Vorgaben der Europäischen Union Grenzen gesetzt.

Berlin, den 4. Juli 2001

Jelena Hoffmann (Chemnitz)	**Dr. Paul Krüger**
Berichterstatterin	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333